

## Freiheit statt Feudalismus

*Gegen Sagra Wagenknechts Autismus in der linken Strategiediskussion*

von Stephan Krüger und Christoph Lieber

In den gesellschaftspolitischen Debatten seit Ausbruch der großen Krise 2007ff. werden hierzulande in Bezug auf die Linke immer wieder zwei paradoxe Befunde hervorgehoben: Zum einen hat sich die Krise wider Erwarten nicht als Stunde der politischen Linken erwiesen, zum andern wird ihr aber aus aufgeklärteren bürgerlichen Kreisen durchaus attestiert, dass sie in vielen Aspekten ihrer Kapitalismuskritik recht hat. Beide Befunde gelten auch 2016 nach der Ausbreitung des Rechtspopulismus in fast alle europäischen Parteiensysteme, den jüngsten Wahlerfolgen der AfD hierzulande und der Fragmentierung der Wählerbasis der Linkspartei bei den Landtagswahlen im März 2016. Nachdem auch die deutsche Linke unsanft auf dem Boden europäischer Durchschnittsverhältnisse gelandet ist, liegen nun alle Implikationen der These, dass die Krise nicht die Stunde der Linken ist, auf dem Tisch: Wurde die Linke zunächst durch den keynesianischen Schwenk der politisch-wirtschaftlichen Eliten mittels des öffentlichen Kredits ausgebremst und konnte danach auch mit der Übernahme von Teilen originär linker Anti-Krisenpolitik durch die Merkel-CDU und die SPD strategisch nicht umgehen, so lautet die Herausforderung der Krise an die Linke jetzt: »Die soziale Frage ist eine Triebkraft der Rechtsentwicklung.«<sup>1</sup>

Aber auch der zweite Befund bleibt gültig: Analysen aus linkskeynesianischer bis marxistischer Sicht wie David Graebers »Schulden« oder Thomas Pikettys »Kapital im 21. Jahrhundert« fanden oft bis ins bürgerliche Lager große Resonanz. Es waren Teile der Linken gerade hierzulande, die diese Analysen als »zu unmarxistisch« links liegen ließen und strategisch keine Nutzenanwendung daraus zu ziehen wussten. Dabei lassen sich gerade Pikettys Befunde zur ungleichen Entwicklung von Einkommen und Vermögen in der Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus mit der Diskussion um die »Erosion der gesellschaftlichen Mitte« verbinden und so die Brücke zu einer sozialstrukturell fundierten Strategie gegen soziale Ungleichheit und Verunsicherung schlagen, wie diesbezügliche Diskussionsbeiträge in den letzten Heften von »Sozialismus« zeigen. Dazu zählen jüngst auch die Kontroverse im bürgerlichen Lager um die Befunde zunehmender sozialer Ungleichheit (vgl. dazu die Artikelserie in der FAZ/FAS) sowie das Buch »Verteilungskampf« des DIW-Chefs und Gabriel-Beraters Marcel Fratzscher, woraus die politische Linke hierzulande strategisch Kapital schlagen könnte. Bezogen auf diesen zweiten Befund, dass linke Kapitalismuskritik viele gegenwärtige Krisenkonstellationen durchaus trifft, kann sogar zugespitzt for-

---

<sup>1</sup> Georg Fülberth: Besichtigung ... der unübersichtlichen Gegenwart: Was tun mit den Effekten der zunehmenden Überakkumulation von Kapital, Konkret 2/2016, S. 36. Dies gilt ebenso für andere europäische Länder, auch wenn es in Griechenland, Portugal und Spanien Linkskräften ansatzweise gelungen ist, der sozialen Frage eine progressive, emanzipatorische Entwicklungsrichtung zu geben. Im folgenden aber gilt das Marxsche Diktum aus dem Vorwort zum »Kapital« an seine Landsleute: »De te fabula narratur!« (MEW 23, S. 14)

muliert werden, dass die Linke unter ihren Möglichkeiten bleibt und insbesondere in den eigenen Reihen keine theoretischen Synthesen und politischen Synergieeffekte aus den unterschiedlichen linken Kapitalismusanalysen und -kritiken zu erzielen vermag. Das liegt oft daran, dass sich kaum gegenseitig aufeinander bezogen wird und keine Kontroversen ausgetragen werden.<sup>2</sup> In Ansätzen ist dies am ehesten noch mit der Debatte um Wolfgang Streecks »Gekaufte Zeit« gelungen, auch wenn hierzulande Sprengstoff vom politischen gerne aufs akademische Feld entsorgt wird.<sup>3</sup> Linke Verständigungsprozesse – innerparteilich wie darüber hinaus – müssen auch in dem Maße verstärkt werden, in dem sich die Diskussionen von den Krisenanalysen zu Transformationskonzepten und postkapitalistischen Alternativen verschieben. »Da der Kapitalismus nicht mehr funktioniert, wird der Postkapitalismus möglich, aber wir haben kein Modell für den Übergang. Der Stalinismus hinterließ uns eine Blaupause für die Katastrophe. Die Occupy-Bewegung hat einzelne gute Ideen gehabt. Die sogenannte Peer-to-Peer-Bewegung hat in kleinem Maßstab Kooperationsmodelle eingeführt ... Nach 25 Jahren des Neoliberalismus ... sollten wir uns auch vorstellen können, uns von einem Wirtschaftssystem zu befreien, das nicht funktioniert.«<sup>4</sup> Dazu gehört, eigene Alternativvorschläge einer gemeinsamen Diskussion zu unterziehen.

In diese real- wie diskurspolitische Konstellation fällt die jüngste Veröffentlichung des Vorschlages »Wie wir uns vor dem Kapitalismus retten«<sup>5</sup> können von Sahra Wagenknecht, die vor kurzem zusammen mit Dietmar Bartsch zur Vorsitzenden der Linksfraktion im deutschen Bundestag gekürt wurde und mithin eine nicht unbedeutende »Sprecherposition« im politischen Raum und damit auch für die Deutungskompetenz der Linken hierzulande einnimmt. Wir schließen uns daher der These des ND-Chefredakteurs in seiner Rezension des neuen Buches von Wagenknecht an: »Politiker-Bücher wirken in die jeweils eigenen Organisationen hinein.«<sup>6</sup> Ob dies allerdings der Text der Fraktionsvorsitzenden zu leisten vermag, soll im Folgenden geprüft werden.

---

<sup>2</sup> In den Worten Lenins anlässlich der Diskussion 1916 unter Sozialisten über nationale Selbstbestimmung: »Meistenteils antworten sie uns nicht direkt, sondern indirekt, indem sie ihre *eigenen* Behauptungen entgegenstellen.« (LW 22, S. 327)

<sup>3</sup> Vgl. Forum: Wolfgang Streeck: Gekaufte Zeit, in: Zeitschrift für Theoretische Soziologie, 1/2014.

<sup>4</sup> So der englische Journalist und Marxist Paul Mason in seinem jüngst auf deutsch erschienenen Buch Postkapitalismus. Grundrisse einer kommenden Ökonomie, Berlin 2016, S. 283ff. Masons Buch ist nur die jüngste einer Reihe von sehr unterschiedlich angelegten Veröffentlichungen linker Alternativen. Dazu gehören u.a. hierzulande die »Beiträge zur kritischen Transformationsforschung« der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin; Robert Misik, Kaputtalismus. Wird der Kapitalismus sterben, und wenn ja, würde uns das glücklich machen?, Berlin 2016 und unser eigener Text: Stephan Krüger, Wirtschaftspolitik und Sozialismus. Vom politökonomischen Minimalkonsens zur Überwindung des Kapitalismus, Hamburg 2016.

<sup>5</sup> So der Untertitel von Sahra Wagenknecht: Reichtum ohne Gier, Frankfurt am Main/New York 2016. Seitenzahlen im folgenden in Schrägstrichen // aus diesem Buch.

<sup>6</sup> Tom Strohschneider: Abgerissener Faden. Den Kapitalismus retten – vor sich selbst. Geht das? Sahra Wagenknechts neues Buch »Reichtum ohne Gier«, ND vom 26./27.3.2016, S. 9.

## Vom Markt zum Monopol und vom Profit zum Tribut

Wagenknecht konfrontiert alle, die im Deutschland der unbegrenzten Zumutbarkeiten guten Willens sind, mit der Eingangsfrage: »Wollen wir wirklich so leben, wie wir leben? ... Und wenn wir es nicht wollen, warum wehren wir uns nicht?« /13/ Und schon auf Seite 20 findet sich die Antwort: »Es ist eigentlich gar nicht so schwer. Wir müssen nur den Wirtschaftsfeudalismus des 21. Jahrhunderts überwinden. Märkte darf man nicht abschaffen, im Gegenteil, man muss sie vor dem Kapitalismus retten.« Die Autorin verwendet nun den ersten Teil ihrer Befreiungsschrift auf den Nachweis, wie und warum sich eine kapitalistische Marktwirtschaft in einen Wirtschaftsfeudalismus deformieren konnte. Dazu erzählt sie uns zwei Geschichten vom Kapitalismus, die quer zum neoliberalen Hohelied auf freien Markt und Entrepreneurship stehen: zum einen transformieren sich schon im Frühkapitalismus Märkte in monopolistische bzw. oligopolistische Strukturen und zum anderen Unternehmen mit risikofreudigen und innovativen Eigentümern in Industrieoligarchen und Großkonzerne. »Freie Märkte sind durchaus nicht das Lebenselixier des Kapitalismus, sondern unter dem Gesichtspunkt hoher Renditen eher Störfaktoren, deren man sich so gut es geht entledigt.« /85/ Denn »auf wettbewerbsintensiven Märkten wird selten wesentlich mehr verdient als ein normales Arbeitseinkommen für vergleichbare Tätigkeiten, oft ist es sogar weniger. Wirklich reich wird man auf diesem Wege kaum.« /131/ Letztlich also nur über Monopolpreise und -profite.

Ihr zentrales Argument zimmert sich Wagenknecht aus einer einseitigen Lektüre der Vorlesungen über die »Dynamik des Kapitalismus« 1976 von dem französischen Wirtschaftshistoriker Fernand Braudel zurecht, der die Geburt des Kapitalismus in Absetzung vom transparenten und konkurrenzbasierten »Marktplatz der Kleinstadt« im an Herrschaft orientierten »*ungleichen Tausch*« /86/ des aufkommenden Fern- und Großhandels lokalisiert. »Im Florenz des späten 14. Jahrhunderts etwa, stellt Braudel fest, waren alter Feudaladel und neue Handels-Großbourgeoisie nicht mehr unterscheidbar. Die alte Oberschicht gebar aus ihrem Kreis unmittelbar die neue.« /87/ Und unter der Überschrift »Geschlossene Märkte« verallgemeinert und verlängert Wagenknecht diesen einzelnen historischen Befund unbeschrieben bis in die jüngste Gegenwart: »Auch im Industriezeitalter ist der typische Markt nicht der offene Wettbewerb vieler Anbieter, sondern das Oligopol.« /ebd./ Mit der frühen Verwandlung und Deformation der freien Konkurrenz in wirtschaftsfeudale Strukturen bilden sich nach Wagenknechtscher Lesart zugleich Industriemagnaten heraus, die wiederum die neu entstehenden Märkte des Industriezeitalters bis heute unter ihre Vorherrschaft bringen – »*Räuberbarone*« genannt. Der Begriff ist nicht unpassend. Vergleichbar feudalen Landlords früherer Tage, können die Inhaber solcher Imperien der gesamten Wirtschaft ihren Tribut auferlegen.« /99/ Die Position des Räuberbarons und der Zugriff auf den Tribut wird dann in einem »feudal-plutokratischen« Erbrecht festgeschrieben und bis auf den heutigen Tag perpetuiert. »Kapital hat, wer Kapital erbt. Das ist seit dem 19. Jahrhundert die Regel, alles andere sind

Ausnahmen.« /72/ Damit sind das Leistungsprinzip und das Aufstiegsversprechen, denen »der Kapitalismus der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts einen wesentlichen Teil seiner Popularität verdankt, hohl und unglaubwürdig geworden: Weit mehr als Talent und eigene Anstrengung entscheidet inzwischen wieder die Herkunft darüber, ob der Einzelne einen der begehrten Logenplätze an der Spitze der gesellschaftlichen Einkommens- und Vermögenspyramide einnehmen kann.« /12/

Man muss Braudels Kapitalismusgeschichte nicht teilen, aber gegenüber Wagenknechts Verkürzungen hält dieser bis ans Ende seiner großen Wirtschaftsgeschichte an einem viel komplexeren und dynamischeren Wechselverhältnis von Markt und Kapitalismus fest. So endet sein dritter Band »Aufbruch zur Weltwirtschaft« (1979) mit dem »Abschluss: der Kapitalismus angesichts der Marktwirtschaft. Letztlich gewinnt der für mich außer Frage stehende Unterschied zwischen dem Kapitalismus in seinen verschiedenen Ausformungen und der 'Marktwirtschaft' vor allem auf politischer Ebene seine volle Bedeutung.«<sup>7</sup> Damit lässt sich beim besten Willen kein Wirtschaftsfeudalismus des 21. Jahrhunderts à la Wagenknecht begründen. Alternative Deutungen der Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus liegen bei Karl Marx und Karl Polanyi vor, mit denen Wagenknecht offensichtlich so recht nichts anzufangen weiß. In der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie sind die Existenzbedingungen des Kapitals »durchaus nicht da mit der Waren- und Geldzirkulation. Es (das Kapital / d. Verf.) entsteht nur, wo der Besitzer von Produktions- und Lebensmitteln den freien Arbeiter als Verkäufer seiner Arbeitskraft *auf dem Markt* (Herv. d. Verf.) vorfindet, und diese eine historische Bedingung umschließt eine Weltgeschichte. Das Kapital kündigt daher von vornherein eine Epoche des gesellschaftlichen Produktionsprozesses an« (MEW 23, S. 184), in der die Kollektivität der Lohnarbeit durch Gewerkschaften, Gesetze und Staat die Macht des Kapitals immer wieder einschränken kann. Und in der »Great Transformation« (1944) Polanyis wird die real- wie ideologiegeschichtliche Wirksamkeit liberaler Marktutopien im 19. Jahrhundert und in der Zwischenkriegszeit bis zur Katastrophe des Faschismus wirtschaftshistorisch nachgewiesen. Braudel, Marx und Polanyi gehen also gleichermaßen von einem beeinflussbaren Spannungs- und Wechselverhältnis von Kapital, Markt und Politik aus. Deshalb kann dann die Nachkriegszeit bis zur Gegenwart zu recht in eine Periode der sozialstaatlichen Regulierung kapitalistischer Marktwirtschaften und der Freisetzung von Marktdynamiken qua Privatisierung seit Ende der 1970er Jahre unterschieden werden. Die Transformationen in der Kapitalismusgeschichte lassen sich also nicht wie bei Wagenknecht auf eine lineare Deformation von freier Konkurrenz und Marktwirtschaft durch einen monopolistischen und oligarchischen Kapitalismus herunterbringen, sondern drehen sich um die Pole Staat/Politik/Demokratie und Lohnarbeit/Kapital/Markt. Das muss letztlich auch Wagenknecht konzedieren, wenn sie

---

<sup>7</sup> Fernand Braudel: Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts. Band 3: Aufbruch zur Weltwirtschaft, München 1986, S. 704.

selbst kurz auf den Nachkriegskapitalismus zu sprechen kommt: »Nicht der Kapitalismus, sondern die Wohlfahrtsstaaten mit ihren sozialen Sicherungen und ihren gut ausgestatteten öffentlichen Bildungseinrichtungen hatten in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts dafür gesorgt, dass der Traum vom sozialen Aufstieg für viele kein Traum bleiben musste. Aber diese Zeiten sind vorbei.« /84/ Eben durch die Macht der Vermarktlichung und den Rückzug des Staates und nicht durch die Macht der Monopole. Für die Schärfung eines strategischen Verständnisses der Wandel- und Gestaltbarkeit des Kapitalismus – für eine linke Partei nicht unwichtig – taugen die Passagen von Wagenknechts Kapitalismusgeschichte wenig. Hier ist auch heute noch Polanyi, den Wagenknecht selbst erwähnt, mit seiner Kritik an den Unzulänglichkeiten linker Reformpolitik in der Zwischenkriegszeit hilfreich: »Die negativen ökonomischen Effekte der isolierten Interventionen hätten durch umfassende Interventionen vermieden werden können, d.h. durch eine *überlegte und geplante Regulation des Marktes* (Herv. d. Verf.).«<sup>8</sup>

### **Wagenknechts »abstrakt-neoklassischer« Marktbegriff, ihr »schottischer« Kapitalbegriff und eine vulgärökonomische Geldauffassung**

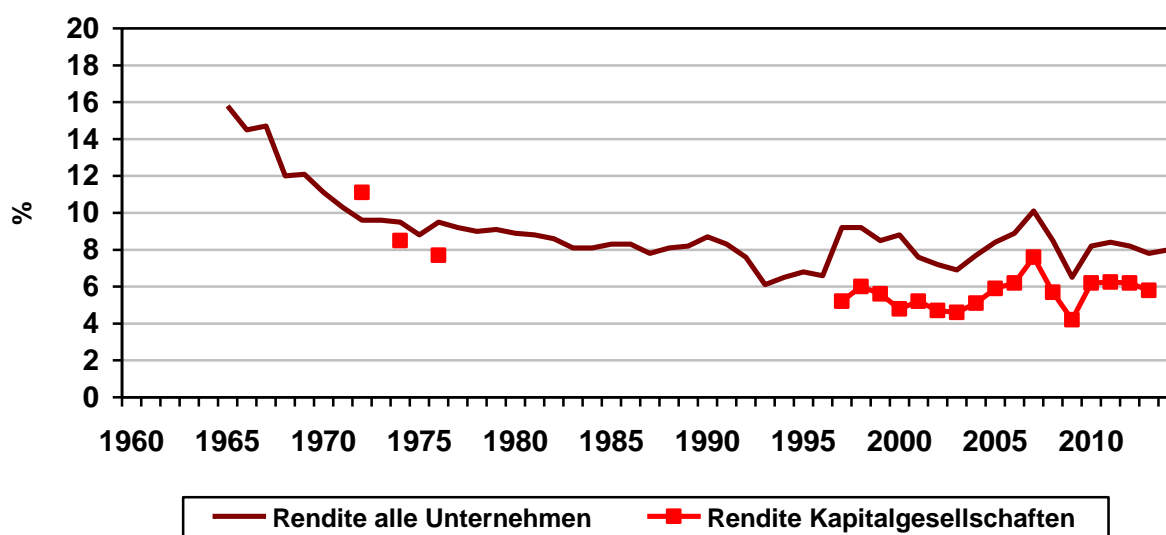
Die Inkriminierung staatlicher Marktregulationen und einzelkapitalistischer Marktinterventionen bei Wagenknecht liest sich nicht nur als Versuch der Wiederbelebung der seinerzeitigen Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die vor dem Hintergrund zunehmender Vermarktlichung und Finanzialisierung sozioökonomischer Verhältnisse in eine privatmonopolistische Entwicklungsvariante umgedeutet werden musste, sondern bezieht ihre Kritik auch aus dem Maßstab für funktionierende Marktverhältnisse, den sie unterlegt. Es ist aber keineswegs der polypolistische Markt mit vielen (und kleineren) Anbietern und Nachfragern, welcher – außer im (schlechten) Lehrbuch – das Optimum der Ressourcenallokation zu Wettbewerbspreisen erzeugt, sondern ein Blick in die Wirklichkeit belehrt uns, dass außer im lokalen Maßstab funktionierende Märkte in entwickelten kapitalistischen Ökonomien, gerade wenn nicht nur inländische sondern auch ausländische Anbieter auf ihnen tatsächlich oder potenziell präsent sind, vielfach oligopolistische Strukturen entweder auf der Anbieter- oder Nachfragerseite oder auf beiden aufweisen. Funktionierende Märkte implizieren dabei sowohl dynamische Fortentwicklungen der Gebrauchswerte der Waren – allen vielfach als negativ empfundenen Erscheinungen von Obsoleszenz, Customizing etc. zum Trotz – als auch Wettbewerbspreise der Waren (Produktionspreise im Marxschen Sinn) in weitgehend transparenten Verhältnissen – nicht erst seit den vielfältigen Online-Portalen - mit einem beständigem Wegkonkurrieren von Surplusprofiteuren einzelner Anbieter durch andere. Dass die Regulierung der Allokationsprozesse auf den (Waren-) Märkten durch beständige Aus-

---

<sup>8</sup> Karl Polanyi: Der faschistische Virus (1941), in: ders., Chronik der großen Transformation, Bd. 3, Marburg 2005, S. 280.

gleichung der unterschiedlichen Einzel- und Branchenprofitraten zustande kommt und dass die Bildung von Produktionspreisen sich nur innerhalb konjunktureller Zyklen durch charakteristische Marktpreisbewegungen sowie preis- und profitinduzierte Investitionen (Ersatz- und Rationalisierungs- sowie Verlagerungs- und Erweiterungsinvestitionen) vollzieht, verrät dem in der wirtschaftlichen Praxis Beheimateten in ebenso vielen Worten, dass »die Regel (sich) nur als blindwirkendes Gesetz der Regellosigkeit durchsetzen kann« (MEW 23: 117) bzw. dass die Herstellung annähernd durchschnittlicher Verwertungsbedingungen für die in den jeweiligen Branchen operierenden Kapitale immer auch über- und unterdurchschnittliche Profitraten einschließt – entscheidend ist hier der Zeithorizont, in dem diese Unterschiede ausgeglichen werden, der oftmals den zeitlichen Rahmen eines Konjunkturzyklus übersteigt.

**Abbildung 1: Profitrate/Rendite nichtfinanzieller Unternehmen; alle Unternehmen und Kapitalgesellschaften**



Quelle: Deutsche Bundesbank und eigene Berechnungen

Werfen wir in diesem Zusammenhang einen repräsentativen Blick in die ökonomische Wirklichkeit und lassen wir uns nicht durch Vorurteile und fälschlich verallgemeinerte Einzelfälle beirren, so zeigt sich für die Entwicklung in der Bundesrepublik, dass gerade derjenige Bereich der (nichtfinanziellen) Kapitalgesellschaften, in dem immer die Monopole und Oligopole mit überdurchschnittlichen oder gar Monopolprofitraten vermutet werden, nicht nur in einzelnen Jahren, sondern strukturell-langfristig geringere Renditen als den rechnerischen Durchschnitt aller nichtfinanziellen Unternehmen (inkl. Personengesellschaften und Einzelunternehmer) realisieren (vgl. Abbildung 1). Die Erklärung lautet: gerade weil diese Kapitalgesellschaften, die vielfach Oligopole sind, auf

nationalen oder gar internationalen Märkten operieren, auf denen für die Nachfrager Transparenz hinsichtlich Produkteigenschaften und Qualität der Dienstleistungen sowie der resp. Preise, die in der kommerziellen Zirkulation vielfach intensiv verhandelt oder per EU-weiter Ausschreibung fixiert werden, herrscht, kurz: das Wegkonkurrieren von Surplusprofiten am wirkungsvollsten gelingt, ergeben sich leicht geringere Renditen. Im Umkehrschluss gilt: überdurchschnittliche Profitraten realisieren eher lokal oder regional operierende Unternehmen sowie insbesondere Dienstleister, welche noch von Resten an standesrechtlichem Schutz gegenüber dem Markteintritt von Newcomern oder auf staatlichen Regulierungen von Gebühren eingehegt sind, wo also m.a.W.: die kapitalistische Konkurrenz – noch – nicht mit ihrer ganzen Härte regiert, d.h. nivelliert.

Der repräsentative Blick in die deutsche Wirklichkeit zeigt somit gänzlich andere ökonomische Verhältnisse als diejenigen für Wagenknechts geläuterten ‚Max Faulbär‘, der sich daran macht, ein Café zu eröffnen und trotz seiner individuellen Läuterung nicht als Prototyp des innovationsgetriebenen Gründers gepriesen werden kann, dem seine unternehmerischen Flausen durch risikoaverse Finanziers (Banken etc.) ausgetrieben werden.

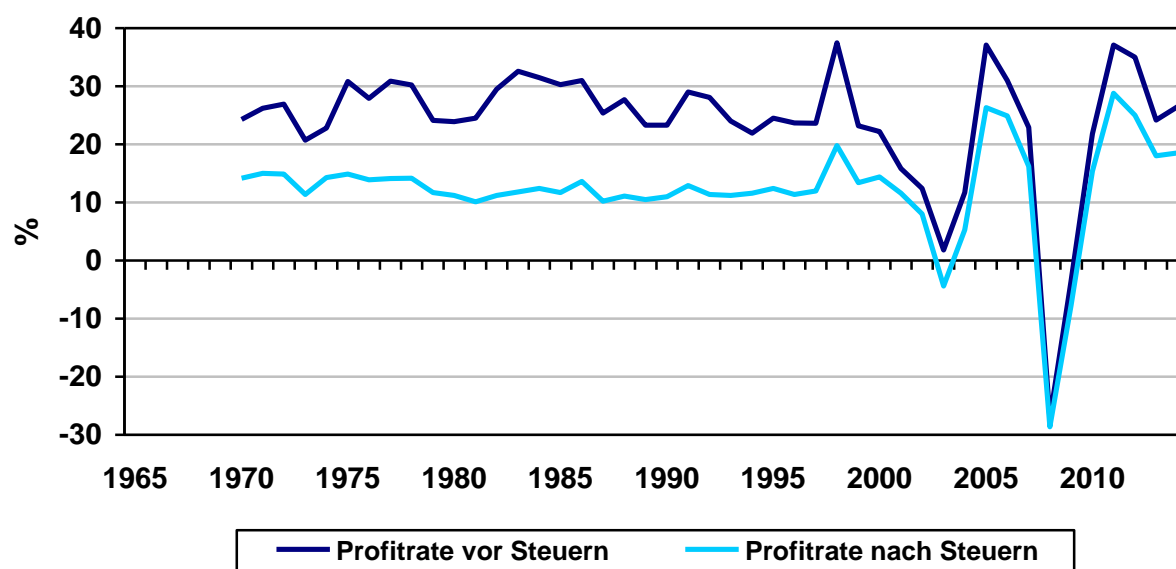
Die inadäquaten wirtschaftlichen Grundbegriffe von Wagenknechts Argumentation setzten sich in ihrem Kapitalbegriff fort. »Die Verwechslung von Geld und Kapital ist einer der großen Irrtümer, die es erschweren, die gegenwärtige Wirtschaftsordnung zu verstehen.« /63f./ Kapital ist für Wagenknecht ein »*exklusives Gut*« /73/ mit undemokratischen Folgen. Denn »Ersparnisse sind längst nicht mehr knapp, im Gegenteil, es gibt sie in den westlichen Volkswirtschaften reichlich, und die Banken zahlen den Sparern kaum noch Zinsen dafür. Aber Kapital ist knapp...«/135/ Die vorherrschende Exklusivität des Zugangs zu dieser Sache will Wagenknecht vornehmlich für die gesellschaftliche Mitte öffnen.

Ein Großteil der Linken stimmte bislang bei allen unterschiedlichen Lesarten des Marxschen »Kapital« darin überein, dass Kapital keine dingliche Sache, sondern ein soziales Produktionsverhältnis, ein Prozess basierend auf der Lohnarbeit, der Multitude lebendiger Arbeitsvermögen ist und dass gesellschaftlicher Fortschritt sich am aufgeklärten Bewusstsein und den emanzipatorischen Bestrebungen der Arbeitenden in diesem Produktionsverhältnis bemisst. Die Fraktionsvorsitzende der Linkspartei belehrt uns nun mit ihrem dinglich-fetischisierten Kapitalbegriff eines besseren, dabei verrät ihr vornehmlich quantitativ bestimmter »schottischer« Kapitalbegriff eine Auffassung von schlechten (neoklassischen) Lehrbuchweisheiten.

Auch ihre Auffassung vom heutigen Geld- und Finanzsystem kann nicht überzeugen. Sosehr ihrer Kritik an der Geschäftspolitik der Banken namentlich im Vorfeld der Finanzmarktkrise 2007/08 gefolgt werden kann, in deren Konsequenz der Gesellschaft die Kosten ihrer Fehlspekulationen auferlegt wurden, so sehr ist Wagenknechts Verlängerung ihrer Schelte gegenüber »*Räuberbaronen*«

auf die Banken mit ihrem Investmentbanking als »*Master of the Universe*« heutzutage nicht mehr unbedingt »state of the art«. Um nicht falsch verstanden zu werden: wir folgen Wagenknecht in ihrer Kritik am Geschäftsmodell von Banken und anderen Finanzmarktakteuren und stimmen ihr auch explizit zu, wenn sie den Finanzsektor (wieder) auf eine dienende Rolle gegenüber produktiver Wertschöpfungsaktivität zurückschneiden will. Nur: die Schwemme von anlage-suchendem Geldkapital im Resultat der kapitalistischen Überakkumulation und die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) als Reaktion auf nach wie vor bestehende toxische Portfolios an fiktivem Kapital hat mittlerweile auch die Verwertungsposition der deutschen Banken massiv betroffen. Der außerordentliche Charakter und die Tiefe der Finanzmarktkrise 2007/08 hatte der gesamten Branche eine negative Profitrate in 2008 beschert – eine bis dato einmalige Konstellation in der Nachkriegsentwicklung, die im wesentlichen durch das tiefrote Bewertungsergebnis der Banken bedingt war. Unter dem Regime des »*Quantitative Easing*« der EZB leiden nicht nur die Sparer, sondern auch die Banken, deren Haupteinnahmequelle nach wie vor die Differenz zwischen Soll- und Habenzinsen ist, wogegen die Erträge aus dem zinsunabhängigen Geschäft und dem Eigenhandel deutlich nachgeordnet sind; Entsprechendes gilt in noch verstärktem Umfang für die deutschen Versicherungsunternehmen.<sup>9</sup>

**Abbildung 2.2: Profitrate des Bankanlagekapitals vor und nach Steuern**



Quelle: Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen

<sup>9</sup> Vgl. dazu den später erscheinenden Band 5 der »*Kritik der politischen Ökonomie und Kapitalismusanalyse*«: Stephan Krüger, Vermögen und Umverteilung. Charakteristische Merkmale der deutschen Klassen- und Sozialstruktur im Finanzmarktkapitalismus.



Die fehlende empirische Analyse der Verwertungsposition des BRD-Bank- und Assekuranzkapitals und die Ausflucht auf die Reproduktion gängiger (Vor-) Urteile setzt sich fort bei der theoretischen Durchleuchtung des modernen Geldsystems /vgl. 194 ff./ und einer auf Oberflächenphänomene – Auf- und Abwertungsmöglichkeiten nationaler Währungen – fokussierten Ablehnung der Euro-Gemeinschaftswährung /vgl. 228 ff./. Den geldtheoretisch – und bezüglich der Geldentstehung – bedeutsamen Unterschied zwischen Zentralbankgeld und Bankengeld (Depositen) unterschlägt uns Wagenknecht. Zwar weiß sie, dass (Geschäfts-) Banken kein Bargeld (i.e. Zentralbankgeld) schaffen können, aber sie können »elektronisches Geld aus eigener Kraft schaffen. Das ist ihr großes Privileg gegenüber allen anderen Wirtschaftsteilnehmern.« /209/ Wie machen sie das? Auch hier ist Wagenknechts Antwort in erster Linie durch das Lehrbuch der Bankbetriebslehre begründet, nämlich durch Einräumung eines Personalkredits an unseren bereits erwähnten Max Faulbär, der dieses Mal kein Café eröffnet, sondern es sich sofort in einem Urlaub auf den Malediven gut gehen lässt. Dadurch, dass er diese Reise bucht, werden die entsprechenden Depositen einem anderen Konto – dem des Reiseveranstalters – gutgeschrieben; es wurde aber die gesamtwirtschaftliche Geldmenge durch die initiale Krediteinräumung erhöht. Wagenknechts Schlussfolgerung: »Mit ein bisschen Fantasie und Kreativität können heute die großen Finanzinstitute, die im Investmentbanking tätig sind, nahezu grenzenlos Geld schaffen.« /210/ Es sei der sanfte Hinweis gestattet, dass die Einräumung eines Personalkredits an unseren Max Faulbär mit Investmentbanking nichts zu tun hat; darüber hinaus nimmt er auch keine extraordinären Finanzprodukte in Anspruch, schon gar keine Derivate, denen Wagenknecht bisweilen magische Kräfte zuzumessen scheint. Auch die an die Kreditfunktion der Geschäftsbanken gebundene »Nicht-Neutralität des Geldes« wird bei ihr überzogen und damit falsch: frei nach Schumpeter trennt Wagenknecht die Investitionsentwicklung von vorgängiger Geldkapitalakkumulation, indem sie die Investitionen von heute allererst die Ersparnisse von morgen schaffen lässt: »Es gibt keinen Grund, warum der Produktion Ersparnisse vorhergehen müssen. Volkswirtschaftlich *entsteht* Sparen durch Investieren, weil Geld, das für Investitionsgüter ausgegeben wird, eben nicht mehr für Konsum ausgegeben werden kann. Dafür muss niemand Geld zur Bank tragen.« /216/ Dass dies nur einen genuin zyklischen kumulativen Aufschwungsprozess beschreibt, aber keineswegs allgemein und langfristig gilt – wo bliebe denn da die immanent-endogene Begründung von zyklischen oder gar langfristig-strukturellen Krisen? – hätte Wagenknecht bei Keynes<sup>10</sup> nachlesen können.

Schließlich ist in diesem Zusammenhang Kritik an Wagenknechts unvermittelter Ablehnung der Euro-Gemeinschaftswährung und die Ersetzung der Euro-Zone durch ein Europäisches Währungssystem mit nationalen Währungen und einer der Keyneschen »International Clearing Unit« nachempfundenen surpanationa-

<sup>10</sup> Vgl. J.M. Keynes, Vom Gelde, Berlin 1931, S. 20 ff.; zur Erläuterung vgl. S. Krüger, Die Probleme der Marxisten mit dem Geld und die begriffslosen Anleihen der Keynesianer bei Schumpeter; in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 104 (Dezember 2015), S. 87 ff.

len (Zentral-) Bank zur Steuerung der Außenwirtschaftstransaktionen der beteiligten Volkswirtschaften /vgl. 228 ff./ anzumelden. Ohne vorliegend im Einzelnen darauf einzugehen, ist anzumerken, dass der Rückzug auf nationale Reproduktionsprozesse statt auf die Herstellung eines europäischen Gesamtproduktionsprozesses sowie die Wiedereinführung nationaler Währungen wegen der dadurch eröffneten Möglichkeiten der Veränderung der Wechselkurse statt des Aus- und Aufbaus europäischer Steuerungsinstitutionen für struktur- und fiskalpolitische Interventionen – bei allen gegenwärtigen Schwierigkeiten und Krisenprozessen innerhalb der Euro-Zone und Europäischen Union – kein vorwärtsweisendes linkes Konzept darstellt.<sup>11</sup>

### **Die Eigentumsfrage bei Wagenknecht und die Strategiediskussion in der Linken**

Um die »Grundrisse einer neuen Wirtschaftsordnung« – so charakterisiert Wagenknecht die eigentliche politische Intention ihres Buches auf den NachDenk-Seiten vom 29.3.2016 – zu skizzieren, dreht sie nun im zweiten Teil ihres Buches den Spieß einfach um: »Marktwirtschaft statt Wirtschaftsfeudalismus«. Hier kann das Unternehmerische und Innovative unserer gebeutelten Mittelklasse endlich zum Zuge kommen: »Echte Unternehmer brauchen den Kapitalismus nicht. Mit dem Kapitalismus verschwinden würde die Exklusivität des Zugangs zu Kapital und die damit verbundene Möglichkeit, anderer Leute Arbeit in eigene leistungslose Einkommen zu verwandeln.« /138/ Um dies zu erreichen, versucht Wagenknecht nun, eine Grundstruktur und Legitimation der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, das »Eigentum neu (zu) denken« /241ff./ Bislang soll der Zugang zu Kapital geöffnet werden, das Kapital selbst bleibt bei Wagenknecht als Sache, die nun alle haben können, noch erhalten. Auch hier bleiben die politisch-strategischen Implikationen unklar. Plädiert Wagenknecht für eine Stärkung der geschwächten gesellschaftlichen Mitte durch mehr Partizipation an den Resultaten gesellschaftlicher Wertschöpfung, gar der Verwertung fremder Arbeit, da das Kapital ja noch bestehen bleibt. Oder geht es um einen veränderten Charakter der Wertschöpfungsprozesse selber, dann müsste endlich mehr über die lebendige Arbeit gesprochen werden. Aber die gesellschaftlichen Subjekte, seien es die abgehängte Mitte, die modernen Facharbeiter oder das Dienstleistungsprekariat tauchen bislang in Wagenknechts Befreiungsschrift kaum auf. Daher dürfte ihre Attraktivität bei den Rezensenten aus dem bürgerlichen Lager wie Max Otte oder Peter Gauweiler oder gar beim schwäbischen Tüffler an »Maß und Mitte«, Günter Kretschmann, höher liegen als die Ausstrahlung in die eigene Partei. Wie sehen nun die weiteren Qualitätsveränderungen in Wagenknechts neuer Wirtschaftsordnung aus?

---

<sup>11</sup> Zur ausführlichen Begründung der Notwendigkeit der Weiterentwicklung und Vertiefung der europäischen Integration in Richtung auf einen europäischen Gesamtproduktionsprozess und weitere gesamteuropäische Wirtschaftsinstitutionen vgl. Krüger 2016.

Positiv hervorheben wollen wir Wagenknechts Parteinahme für eine marktwirtschaftliche Ressourcenallokation. Diese Auffassung ist noch immer kein Allgemeingut innerhalb des linken Spektrums – allen theoretischen Verirrungen und leidvollen praktischen Erfahrungen zum Trotz. Im Unterschied zu den Versuchen einer Funktionalisierung der Marktallokation zugunsten zentralplanerischer Vorgaben – bspw. in dem begonnenen, aber nicht zu Ende geführten »Neuen Ökonomischen System der Planung und Lenkung (NÖSPL)« bzw. dem »Ökonomischen System des Sozialismus (ÖSS)« in der DDR in den 1960er Jahren – sind wir mit Wagenknecht darin einig, dass den Marktprozessen Priorität zu geben ist, diese allerdings durch Vorgaben eingehegt und mit marktkonformen sowie im Einzelfall auch marktinkonformen Steuerungsinstrumenten beeinflusst werden müssen.<sup>12</sup> Auf der anderen Seite rächt sich allerdings nunmehr Wagenknechts unzureichender Marktbezug – bezüglich einer makroökonomischen Steuerung durch neue Institutionen und Instrumente bleibt sie blass, wohl auf die Selbststeuerungsfähigkeit polypolistischer Marktstrukturen vertrauend.

Im Mittelpunkt der von Wagenknecht präferierten neuen Wirtschaftsform, die sie im Übrigen an keiner Stelle positiv bezeichnet, bspw. mit dem Begriff eines Marktsozialismus bzw. einer sozialistischen Marktwirtschaft, stehen die Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln. »Die Kapitalgesellschaft ist die typische Eigentumsform des Kapitalismus, weil die Trennung von Anleger und Unternehmer die für diese Ordnung typische Form des Wirtschaftens ist.« /259/ Zuzustimmen ist auch ihrer Leitlinie, »dass es sehr viele andere Möglichkeiten für die Gestaltung wirtschaftlichen Eigentums und die Verfassung von Unternehmen gibt als die unergiebigste Alternative zwischen Privat- und Staatswirtschaft, die oft genug die Debatte bestimmt.« /271/ Auf die Debatte aber innerhalb der sozialistischen Linken, die schon seit Jahren um eine Pluralität der Eigentumsformen in einer modernen Transformationskonzeption geführt wird, lässt sich Wagenknecht wie schon anlässlich ihres Buches »Freiheit statt Kapitalismus«<sup>13</sup> von 2011 nicht ein. Diesen einer innerlinken Strategiedebatte nicht förderlichen Autismus pflegt die Autorin auch in ihrem neuen Buch.

Wagenknecht schlägt nun vier Rechtsformen für Unternehmen vor, die die Eigentumsform von Kapitalgesellschaften überwinden sollen: »die Personengesellschaft, die Mitarbeitergesellschaft, die Öffentliche Gesellschaft und die Gemeinwohlgesellschaft.« /273/ Dieser Schlussteil ihres Buches verdient es, innerparteilich diskutiert zu werden. Denn hier könnte eine Brücke geschlagen wer-

<sup>12</sup> Diese Prioritätensetzung – sukzessive umgesetzt – charakterisiert die chinesischen Wirtschaftsreformen seit 1978 und ist letztlich verantwortlich für die erzielten wirtschaftlichen Erfolge. Dass das chinesische Modell der sozialistischen Marktwirtschaft inhärente (System-) Defekte aufweist und nicht als Vorbild für hochentwickelte kapitalistische Metropolen dienen kann, versteht sich von selbst und muss nicht gesondert begründet werden. Zu der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Entwicklung der VR China vgl. Krüger 2016: 346 ff.

<sup>13</sup> Vgl. dazu auch die Kritiken von Michael Wendl, »Erhard reloaded« oder Stamokap light? Kritische Anmerkungen zu Sahra Wagenknecht, und von Joachim Bischoff/Christoph Lieber, Vom unproduktiven Kapitalismus zur sozialistischen Marktwirtschaft. Sahra Wagenknecht plädiert für einen kreativen Sozialismus, in Sozialismus Heft 7-8/2011. In der Neuauflage ihres Buches 2012 hielt Wagenknecht es nicht für nötig, auf die kritischen Einwände aus der linken Publizistik einzugehen.

den zwischen der angesichts von AfD und eigener Defensive tagespolitisch aktuellen »sozialen Frage« und weiterführender transformatorischer Politik, was jüngst Bodo Ramelow selbst unfreiwillig demonstriert hat: Auf der einen Seite kritisiert er die Äußerungen von Sahra Wagenknecht zur AfD und den Hartz-IV-Sanktionen, auf der anderen Seite plädiert er »auch für ein großes Stück Marktwirtschaft, ... gemeinwohlorientierte Kapitalvermögen etwa in Form von Wohnungsbeständen oder Bürgergenossenschaften«, <sup>14</sup> ohne wiederum auf Wagenknechts strategisch-programmatische Vorschläge in dieser Sache Bezug zu nehmen. Nur verstärktes innerparteiliches »Zusammenhangsdenken« (Oskar Negt) kann die politische Kultur einer linken Strategiedebatte befördern und darüber auch den Autismus im politischen Diskurs der Autorin Wagenknecht aufbrechen.

Lackmustest für ein solches Zusammenhangsdenken ist die Diskussion um die Verbindung von kurzfristigen und längerfristigen Umgestaltungsmaßnahmen, mit der gerade strategische Fragen und langfristig angelegte Deutungsangebote zu einem Gesamtkonzept linker Politik zusammengebracht werden können. Leider finden wir hier in Wagenknechts neuem Buch keine vorwärts weisenden Gedanken bzw. nicht einmal die Auseinandersetzung mit den alljährlich in den Memoranden auf europäischer und deutscher Ebene publizierten Vorschlägen fortschrittlicher Wirtschaftswissenschaftler. Alles, was sie an Übergangsforderungen präsentiert, ist ein Konzept des Herauskaufens der aktuellen Shareholder durch Aufrechnung von ursprünglicher Kapitaleinlage und seitdem bezogenen Ausschüttungen; nur ein etwaig verbleibender Differenzbetrag wäre noch auszugleichen. Wagenknecht wird hier Opfer ihrer Verengung der alternativen Wirtschaftsform auf die Veränderung der Eigentumsverhältnisse, denn selbst wenn man von einer veränderten Eigentumsverfassung an den Produktionsmitteln Rückwirkungen auf die operative Geschäftstätigkeit erwarten kann und damit auch die sog. »Unternehmerentscheidungen« gegenüber den gegenwärtigen Verhältnissen beeinflusst werden, kann die Marktallokation nicht sich selbst überlassen bleiben: Ein (großer) öffentlicher Wagniskapitalfonds /vgl. 279/, der innovative Gründer mit Kapital versorgt und eine veränderte Geschäftspolitik der Banken, werden für sich genommen nicht ausreichend zur Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Akkumulation sein. Was anstatt dessen bzw. zusätzlich benötigt wird, ist die Konzeption einer makroökonomisch ausgerichteten Strukturpolitik, die ihre gegenwärtige sektorale und/oder regionale Begrenzung und reaktiv-nachgeordnete Orientierung auf bereits in Gang befindliche oder gar abgelaufene Entwicklungen überwindet. Eine solche makroökonomische Strukturpolitik folgt einer demokratisch legitimierten makroökonomischen »Giudance« hinsichtlich zu profilierender Entwicklungsschwerpunkte, angefangen bei der Forschungs- und Technologiepolitik über den Aufbau und die Begünstigung zukünftiger Leitbranchen bis hin zum kontrollierten Ausstieg aus niedergehenden Produktionszweigen. Eine derartige makroökonomische Strukturpolitik würde

---

<sup>14</sup> Bodo Ramelow in der Thüringer Allgemeinen Zeitung vom 9.4.2016.

die anderen Makropolitiken Geld- und Fiskalpolitik unter ihrer Suprematie integrieren und auf verschiedenen Ebenen steuernd in die Akkumulation der Unternehmen eingreifen. Ihre Instrumente wären (zeitweilige) Kapitalbeteiligungen (öffentliche Venture-Gesellschaften), Kredite zu Sonderbedingungen und mit Sonderauflagen bis hin zu bloßen Bürgschaften privat durch die Unternehmen kontrahierter Gelder. Finanziert würde sie durch die Parlamente (Finanzhoheit), begebene Anleihen von Venture-Gesellschaften und Entwicklungsbanken sowie Publikumseinlagen bei Geschäftsbanken. Institutionell würde sie neben den Venture-Gesellschaften und Banken mit wirtschaftspolitischen Aufgaben durch Managementgesellschaften auf verschiedenen Ebenen umzusetzen sein.<sup>15</sup>

Bei den von Wagenknecht präferierten neuen Unternehmensformen Mitarbeitergesellschaft, Gemeinwohlgesellschaft und Öffentliche Gesellschaft rekurriert sie auf den Begriff des gesellschaftlichen Eigentums, wie er in der seinerzeitigen jugoslawischen Verfassung bestimmt war: gesellschaftliches Eigentum gehört Niemandem bzw. die Unternehmen gehören sich selbst. Dem entspricht die auf Ota Šik zurückgehende Vorstellung des einbehaltenen Gewinns als unteilbares Vermögen des Unternehmens (Kapitalneutralisierung) /vgl. 272/. Allerdings schränkt diese Konzeption des Unternehmenseigentums dasselbe nach zwei Seiten hin ein: zum einen wird es schwierig, ganze Unternehmen und/oder Betriebe durch Kauf und Verkauf neu zu strukturieren. Wäre die Bemessung von Kaufpreisen noch durch Bewertungen möglich, so müssten die Unternehmensgremien die jeweiligen Kauf- und Verkaufsentscheidungen fällen und umsetzen. In einer Produktionsweise, wo wesentliche Gründe für Produktivkraftsteigerungen die Neukomposition der einzelnen Unternehmenseinheiten und eine veränderte gesellschaftliche Teilung der Arbeit sind, ist dies kein nachgeordneter Tatbestand. Zweitens ist durch diese Eigentumskonzeption auch der individuelle Bezug eines Mitarbeiters zu seinem Unternehmen relativiert. Ungleiche Eigentumsanteile zwischen den Mitarbeitern würde es nicht geben; der Vorteil allerdings wäre die Bindung der Eigentümerfunktion des Mitarbeiters an seine Mitgliedschaft in der Stammebelegschaft des Unternehmens, was Fragen des Verkaufs von Anteilen nach Austritt oder die Vererbung von Eigentumsanteilen ausschliesse. Insgesamt geben Wagenknechts Vorstellungen interessante Anknüpfungspunkte, wenngleich sie die Vielfalt alternativer Eigentumsformen – z.B. branchenbezogene etc. Belegschaftsfonds, die durch Lohnbestandteile gespeist und durch gewählte Vertreter der Einzahlenden verwaltet werden – nicht abdecken.

Ein weiteres Problem von Wagenknechts Engführung einer alternativen Wirtschafts- und Unternehmensform auf die Eigentumsverhältnisse ist ihre weitgehende Ausblendung der Mitwirkungsrechte (und -pflichten) der Belegschaften und ihrer Repräsentanten im operativen Geschäft, d.h. das, was wir als eine wirtschaftsdemokratische oder sozialistische Corporate Governance der Unternehmen bezeichnet haben. Diese ergibt sich nicht automatisch aus veränderten Ei-

<sup>15</sup> Vgl. unsere detaillierteren Vorschläge in Krüger 2016: 471 ff.

gentrumsverhältnissen, selbst wenn man in diesen einen wichtigen Einflussfaktor sieht (was richtig ist). Die Mitwirkung an den Unternehmensentscheidungen über das Was, Wie und für Wen der Produktion sollte aber nicht auf die kontrollierende Funktion der Aufsichtsräte beschränkt werden, die außer bei strategischen Entscheidungen meist nur nachträglich-reaktiv wirken. Auch die Organe der Betriebsverfassung – z.B. Wirtschaftsausschüsse – sind aufzuwerten und ihre Entscheidungskompetenz ist zu erweitern. Damit gerät die reformorientierte Weiterentwicklung des Betriebsverfassungsgesetzes in den Fokus; dies beinhaltet erhebliche »Luft nach oben«; noch mehr gilt dies für die Rechtsprechung der Arbeitsgerichte in Mitbestimmungsfragen nach drei Jahrzehnten Neoliberalismus in diesem Land.

Als Resümee ergibt sich: Wagenknechts Version einer neuen sozialen Marktwirtschaft gewinnt nicht die Qualität einer sozialistischen Marktwirtschaft. Das verwundert nicht. Die Neubegründung eines sozialistischen Gesellschaftsentwurfs kann ohne Bezugnahme auf die gesellschaftlichen Subjekte als einer Assoziation freier Individuen nicht gelingen. Aber die Belegschaften in Wagenknechts neuen Unternehmensformen, die Produzenten, kommen lediglich am Rande vor. Die gewerkschaftlichen, arbeitspolitischen und industriesoziologischen Diskussionen um Subjektivierung der Arbeit, arbeitsorganisatorische Veränderungen und Kompetenzrevolutionen auf der Ebene des Shopfloors sind für Wagenknecht ein unbeschriebenes Blatt. Aber die Potenziale neuer netzwerkbasierter kooperativer Unternehmensformen und die subjektiv-organisatorischen Potenziale der Lohnarbeit müssen zusammengedacht und -gebracht werden. Auch die Sprachlosigkeit Wagenknechts in diesem (gewerkschafts)politischen Raum muss aufgebrochen werden. Und auf der anderen Seite sollten die politischen Akteure der Linken selbst, aus der Zivilgesellschaft über innerparteiliche Arbeitsgemeinschaften bis zur Bundestagsfraktion und dem Parteivorstand, die Diskussion mit Wagenknechts »Befreiungsschrift« suchen. Erst dann kann der »abgerissene Faden, der die Ideen der Politikerin mit den Debatten in der gesellschaftlichen Linken verbinden könnte« (Tom Strohschneider), wieder geknüpft und gemeinsam bei der Beantwortung der eingangs aufgeworfenen Frage vorangekommen werden: »Warum wehren wir uns nicht?« /13/

*Stephan Krüger* arbeitet als Unternehmensberater für Belegschaften und ihre Repräsentanten (Betriebsräte, Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten, Gewerkschaften). Letzte Veröffentlichung: Wirtschaftspolitik und Sozialismus. Vom politökonomischen Minimalkonsens zur Überwindung des Kapitalismus, Hamburg 2016; *Christoph Lieber* ist Redakteur von Sozialismus. Zuletzt schrieb er in Sozialismus 11/2015: MarxistInsein – aber wie begründen? W.F. Haugs Wörterbucheintrag und andere Lesarten. Beide Autoren leben in Berlin.

